

Herrn Oberbürgermeister Andreas Mucke

Es informiert Sie Andre Hüsgen
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 0202-60933100
Fax (0202)
E-Mail andrehuesgen@gmx.de
Datum 11.09.2019
Drucks. Nr. VO/0882/19
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am **23.09.2019** Gremium **Rat der Stadt Wuppertal**

Ergänzungsantrag zu VO/0647/19 : Wuppertaler Politik und Verwaltung retten das Weltklima

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie unseren Ergänzungsantrag zu VO/0647/19 auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung.

Inhalt

- 1) Die Fraktionen und die Gruppe im Rat der Stadt beschließen eine Selbstverpflichtung, 20 Prozent ihrer monatlichen Zuwendungen in einen zu gründenden Fonds „Wuppertaler Politik und Verwaltung retten das Weltklima“ einzuzahlen.
- 2) Der unter Punkt 1 genannte Fonds finanziert im Stadtgebiet Projekte, die der Umweltfreundlichkeit dienen, wobei ein Schwerpunkt auf die Verbreitung intensiv Sauerstoff produzierender Pflanzen gelegt wird.
- 3) Dienstwagen und persönlicher Chauffeur werden dem Oberbürgermeister entzogen. Als Ersatz erhält der Oberbürgermeister ein Elektrofahrrad für den dienstlichen Gebrauch sowie eine BahnCard 100 erster Klasse. Die Einsparungen aus dieser Maßnahme fließen zu 100 Prozent in den unter Punkt 1 genannten Fonds. Gleiches gilt für die Beigeordneten und sonstige höhere Beamte.
- 4) Der Fuhrpark der Stadt wird im Bereich NFZ und PKW auf ein absolutes Minimum ausgedünnt. Die kommunalen Beschäftigten werden fortan für dienstliche Außentermine im Regelfall Elektrofahrräder oder Freikarten für den ÖPNV nutzen. Entsprechend ist der Fuhrpark im Bereich Elektrofahrräder massiv aufzustocken. Die PKW im Fuhrpark werden ausgetauscht durch das Modell Twizy des Automobilherstellers Renault oder vergleichbare Fahrzeuge.

Begründung

Offenkundig orientiert sich das kommunalpolitische Bündnis aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen an der Greta-Thunberg-Bewegung namens „Fridays for Future“. In diesem Kontext erachtet die Antragstellerin die o. g. Punkte als tatsächlich sinnvoll. Es darf nicht bloß dem Steuerzahler die Last an Maßnahmen der Klima-Verbesserung aufgebürdet werden, sondern Politik und Verwaltung müssen Vorbild sein.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Bötte
Fraktionsvorsitzende